

Schömberg

Prominente Redner bei Kundgebung

Von Bernd Visel, aktualisiert am 17.11.2010 um 10:16



Demonstranten aus dem gesamten Schlichemtal sowie aus den Nachbargemeinden werden sich am Samstag auf dem Schömberger Marktplatz versammeln und gegen das geplante Großgefängnis im Bitzwäldle protestieren. Foto: Beilharz (Montage)

Schömberg - Mehrere Hundert Teilnehmer werden zur Kundgebung der Stadt Schömberg gegen das geplante Großgefängnis im Bitzwald am Samstag, 20. November, erwartet. Prominente Redner haben sich angesagt. Schömbergs Bürgermeister Karl-Josef Sprenger und der Schörzinger Ortsvorsteher Josef Rissler rufen für den Gemeinde- beziehungsweise Ortschaftsrat gemeinsam zur Kundgebung auf, die um 10 Uhr auf dem Schömberger Marktplatz beginnt.

Nach Auskunft von Sprenger werden der CDU-Landestagsabgeordnete und Landrat Günther-Martin Pauli, der SPD-Landtagsabgeordnete Hans-Martin Haller sowie der Vorsitzende des Bundesverbands Boden, Jörg Schneider, sprechen. Sprenger selbst wird die Begrüßung der Kundgebungsteilnehmer übernehmen.

Zudem soll ein Vertreter des Gemeinderats reden. Auch Bürgermeister Elmar Koch aus Zimmern unter der Burg sei eingeladen, etwas zum Großgefängnis in Zusammenhang mit der Hochwasserproblematik zu sagen, sagt Sprenger.

"Wir sind aber bestrebt, das Ganze straff durchzuziehen." So sei etwa eine Stunde für die Kundgebung unter dem Motto "Großgefängnis im Bitzwäldle - wir sagen Nein" eingeplant. Moderner Justizvollzug einerseits und die Vermeidung von Flächenversiegelung sowie der Schutz von Natur- und Landschaft andererseits seien keine unüberbrückbaren Gegensätze, schreiben Sprenger und Rissler, und: "Wir haben Argumente, wir brauchen keine Parolen. Der Zeitpunkt zum entschlossenen Nein ist jetzt."

Zu der Kundgebung sind laut Sprenger alle Bürger der Gemeinden des Verwaltungsverbands Oberes Schlichemtal, aber auch Gefängnis-Gegner aus Wellendingen, Deilingen und Dietingen eingeladen. Die Veranstaltung wird von Musikvereinen aus Schömberg und der Umgebung umrahmt. Die Bewirtung übernimmt die Bürgerinitiative gegen das Großgefängnis.